

LEITARTIKEL *Bundesteilhabegesetz:* *„Wir fühlen uns allein gelassen“*



Von
Josef Mederer,
Präsident des
Bayerischen
Bezirketags

Unsere Botschaft ist eindeutig: Geistig, seelisch und körperliche behinderte Menschen dürfen wegen ihrer Beeinträchtigungen auf Dauer nicht zum Sozialfall werden. Die Leistungen zu ihrer Unterstützung müssen daher aus der Finanzierung durch die Sozialhilfe heraus genommen werden. Dafür kämpfen Bezirketag und Bezirke seit Jahren.

Doch wir fühlen uns mehr denn je mit dieser Forderung allein gelassen und mit der Eingliederungshilfe, die Menschen mit Behinderungen erhalten, inzwischen auch finanziell überfordert. Schon vor Jahren hatten wir uns für eine Drittelfinanzierung stark gemacht, der zufolge der Bund, der Freistaat Bayern und wir als Bezirke uns die Jahr für Jahr steigenden Kosten teilen sollten. Doch immer wieder verhallen unsere Rufe ungehört, wurde das so wichtige Thema in Berlin vertagt oder beiseite geschoben.

Vor zwei Jahren nun rangen sich die Koalitionsparteien im Bund dazu durch, diese Position endlich in einen Koalitionsvertrag aufzunehmen. Der Bund, so schien es, saß jetzt mit im Boot. Doch so groß die Erleichterung darüber anfangs war, so sehr ist sie mittlerweile einer Ernüchterung gewichen. Denn der Bund will von diesem Jahr an sowie in den kommenden zwei Jahren jeweils mit einer Milliarde zur Entlastung der Kommunen beitragen und gleichzeitig das sogenannte Bundesteilhabegesetz mit Leben erfüllen. 500 Millionen Euro sollen dabei über einen höheren Umsatzsteueranteil an die Städte und Gemeinden gehen. Die andere Hälfte fließt über die Bundesländer an die kreisfreien Städte und die Landkreise durch eine höhere Bundeserstattung für die Kosten der Unterbringung von Menschen, die Sozialhilfe bekommen. Ab 2018 will Berlin sich hier mit jährlich fünf Milliarden Euro beteiligen.

Doch schon heute liegen die Kosten für alle Aufwendungen in der Eingliederungshilfe bundesweit bei 15 Milliarden Euro. Was der Bund hier anbietet, reicht also in keinem Fall, denn die Ausgaben werden weiter drastisch steigen. Eine zentrale Forderung der Bezirke ist daher die Einführung eines

Bundesteilhabegeldes, das Menschen mit Behinderungen mehr Selbstbestimmung ermöglicht und sie aus der Sozialhilfe herausholt. Gleichzeitig würde sich die finanzielle Lage der Bezirke durch eine solche aufgabenbezogene Kostenbeteiligung des Bundes an den Leistungen für Menschen mit Behinderungen spürbar entspannen. In einem 15-Eckpunkte-Papier, das der Hauptausschuss des Bezirketags im Mai erörtert hat, haben wir darüber hinaus gefordert, Menschen mit Behinderung endlich in den Solidarsystemen der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gleichzustellen und ihnen dieselben Leistungen wie nichtbehinderten Menschen zuzugestehen. Außerdem treten wir mit Nachdruck für eine Anhebung der Freigrenzen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen ein. Denn gerade Menschen mit Behinderung muss die Chance eröffnet werden, für das eigene Alter vorzusorgen.

Ungerechtigkeit bei der Entlastung durch den Bund

Eine besondere Ungerechtigkeit liegt in der derzeitigen kommunalen Entlastung durch den Bund: nämlich dass diese Gelder nicht dort ausgezahlt werden, wo sie auch anfallen – also in erster Linie bei uns, den Bezirken. Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden können in Bayern nach den Vorstellungen des Bundes nun Gelder einstreichen, ohne zu wissen, warum sie diese überhaupt erhalten. Durch die notwendigen höheren Bezirksumlagen werden ihnen diese Gelder dann später wieder genommen.

Diese Hin- und Herschieberei, die letztlich auf dem Rücken der Menschen mit Behinderungen ausgetragen wird, ist so nicht hinnehmbar. Das werde ich, das werden wir Bezirke auch klar und deutlich in Richtung Berlin so artikulieren. Erste Gelegenheit wird dazu unsere Vollversammlung am 2. und 3. Juli in Amberg geben, bei der wir das Thema „Bundesteilhabegesetz“ ausführlich beleuchten und kritisch hinterfragen werden. Auch unser Eckpunktepapier dazu wird dort verabschiedet und danach sofort in Richtung Berlin auf den Weg gebracht. Denn eines ist klar: Wir brauchen ein Bundesteilhabegesetz, das diesen Namen auch verdient! Dafür zu kämpfen, viele Verbündete für diese gute Sache zu gewinnen, bleibt daher Aufgabe und Verpflichtung für mich.

MELDUNGEN

Vollversammlung in Amberg

Am 2. und 3. Juli 2015 findet in Amberg in der Oberpfalz die Vollversammlung des Bayerischen Bezirketags statt. Sie steht in diesem Jahr unter dem Leitgedanken: „Teilhabe – Teil sein – Erwartungen an ein Bundesteilhabegesetz“. Im Mittelpunkt der Beratungen wird eine Auseinandersetzung über die Positionen der sieben bayerischen Bezirke zum künftigen Bundesteilhabegesetz stehen. Dazu wird in einem Festvortrag die bayerische Familien- und Sozialministerin Emilia Müller (CSU), Stellvertreterin der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, Matthias Münning, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger sowie Nicole Lassal, Geschäftsführerin der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Bayern, zugegen sein. Bayerns Bezirketagspräsident Josef Mederer wird in einer Einführung die Standpunkte der sieben

bayerischen Bezirke und des Bezirketags sowie die Forderungen der dritten kommunalen Ebene an ein künftiges Bundesteilhabegesetz darlegen. > U.L.

Programm steht fest

Wichtige Programmpunkte beim „Tag der Franken“, der am 5. Juli in Erlangen stattfindet, stehen nun fest: Auf mehreren Bühnen und Veranstaltungsorten rund um den Schlossplatz wird das Thema „Franken – offen aus Tradition!“ auf ganz verschiedenartige Weise gezeigt. Mittelfränkens Bezirkstagspräsident Richard Bartsch weist besonders auf den Auftritt des „bbs ensemble“ hin. Dieses inklusive Musikprojekt besteht aus blinden, sehbehinderten und sehenden Musikern und legt besonderen Wert auf die gemeinsame musikalische Entwicklung und Zusammenarbeit. Der 10. „Tag der Franken“ will die Vielfalt fränkischen Lebens zeigen. Zur Bereicherung tragen dabei nicht nur Menschen aus ganz unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen bei, die in Franken eine Heimat gefunden haben. Auch Menschen mit Einschränkungen bereichern unseren Alltag mit ihren besonderen Fähigkeiten. Der Bezirk Mittelfranken unterstützt das bbs nürnberg bei seiner Inklusions- und Bildungsarbeit. > E.B.

Immer mehr Kinder bedürfen einer psychotherapeutischen Behandlung

Das Angebot reicht nicht

Vieles wurde auf den Weg gebracht, vieles angestoßen und auch vieles geschafft. Aber es bleiben auch viele offene Fragen, Probleme und Herausforderungen, die die Kinder- und Jugendpsychiatrie alleine nicht lösen kann. Dieses Fazit zog Professor Franz-Joseph Freisleder, Ärztlicher Direktor des kbo-Heckscher-Klinikums auf dem Symposium *Kinder- und Jugendpsychiatrie*, das der Bayerische Bezirketag mit mehr als 300 Teilnehmern unlängst in München ausrichtete.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde das stationäre, teilstationäre und auch ambulante Angebot für Kinder und Jugendliche kontinuierlich ausgebaut. Dabei wurden nicht nur die Großstädte bedacht, sondern auch die ländlichen Regionen. Auch hier ist die Zahl der behandlungsbedürftigen Kinder und Jugendlichen stetig gestiegen. An rund 30 Standorten in ganz Bayern stehen mehr als 900 Betten/ Plätze zur Verfügung, 32 Institutsambulanzen sichern die Versorgung mit mehr als 130 Fachärzten. „Auch wenn in den vergangenen Jahren die Versorgungslandschaft kontinuierlich in Bayern ausgebaut wurde, an der Spitze stehen wir im bundesweiten Vergleich nicht“, betont Freisleder.

Aber trotz des flächendeckenden Ausbaus stoßen die Kliniken immer noch ihre Grenzen. „Wir müssen auch sehen, aus welchen Gründen die Zahl der erkrankten und behandlungsdürftigen Kinder und Jugendlichen steigen. Denn die Ursachen sind multikausal“, so Freisleder. Laut einer aktuellen Studie leiden mehr als 20 Prozent der Kinder unter einer psychischen Belastung, immer noch sechs Prozent unter einer ernsthaften psychischen Störung, die oft eine langwierige und intensive Behandlung erfordert. „Diese Zahlen decken sich auch mit den Ergebnissen aus anderen Ländern“, erklärt Freisleder.

Aber warum steigen die Zahlen, welche Ursachen sind die Auslöser für diese belastenden Schicksale? Eine Antwort lautet: Konnten Familien in früheren Zeiten viele Probleme lösen und den Kindern die notwendige Sicherheit und Stabilität geben, fehlt diese Konstante



Professor Franz-Joseph Freisleder hielt ein engagiertes Plädoyer für eine Ausweitung der psychotherapeutischen Betreuung.

FOTO LECHLEITNER

heute immer häufiger. Das Netzwerk einer klassischen Familie fehlt somit, und aufgrund unserer mobilen Gesellschaft ist dies immer weniger vorhanden. Ebenso zeigt sich in Untersuchungen, dass die Kinder von Alleinerziehenden häufiger auffällig sind.

Zahl der Patienten hat sich seit 1997 fast vervierfacht

Doch nicht nur die veränderten Familienstrukturen wirken sich auf die Arbeit der Kinder- und Jugendpsychiatrie direkt aus. Auch die zunehmende und spürbare Armut in Deutschland zeigt Auswirkungen, ebenso die Migration. Neue Erkrankungen wie zum Beispiel Computer- und Internet-sucht, unter denen viele Heranwachsende leiden, verlangen neue Behandlungskonzepte. Neue Therapien seien erarbeitet und vorhanden, aber die Behandlungen auch langwierig und intensiv. Positiv be-

merkt Freisleder, dass Eltern, Lehrer und Erzieher heute früher Probleme wahrnehmen und ansprechen. „Das niederschwellige Angebot unserer Einrichtungen hat dazu geführt, dass zum Beispiel Eltern viel weniger Berührungsängste haben. Dadurch können wir natürlich auch früher helfen“, erläutert Freisleder.

Die Symptome sind unterschiedlich, Schulverweigerung, depressive Entwicklungen oder Essstörungen sind klassische Hinweise. Doch trotz des Ausbaus des Angebots in den vergangenen Jahren stoßen die Einrichtungen an ihre Grenzen. Einige Zahlen belegen das sehr gut. „Haben wir 1997 noch zirka 4900 Patienten stationär im Heckscher Klinikum behandelt, waren es 2014 bereits 16 900 – beinahe eine Vervierfachung. Und im selben Zeitraum ist die Zahl der ambulanten Patienten von knapp 1500 auf 15 000 gestiegen, das sind etwa zehnmal so viele“, zeigt Freisleder die Problematik deutlich auf. Etwas anderes macht dem Ärtzli-

chen Direktor auch Sorgen. „Heute sind nur 20 Prozent der Aufnahmen wirklich geplant; stattdessen nehmen wir 80 Prozent aller Patienten als Notfall auf. Gerade an Wochenenden spüren wir diesen Druck deutlich.“

Häufig seien es schwierige Patienten, auch einige mit einem Gewaltpotential und vielen Delikten.“ Erschwert werde die Arbeit auch durch den bekannten Fachkräftemangel, der sich bei allen Berufsgruppen bemerkbar mache. Dies sei nicht nur in ländlichen Regionen spürbar, auch in Großstädten. Freisleder sieht mehrere aktuelle Herausforderungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie, die ohne Hilfe der Politik nicht lösbar seien. Mehr und mehr müsse die KJP sich Patientengruppen zuwenden, die bislang noch keine ausreichenden Behandlungsangebote haben, zum Beispiel den geistig- und mehrfachbehinderten Jugendlichen. Hierzu soll 2017 eine eigene Klinik in München-Haar eröffnet werden. > HENNER LÜTTECKE

KOMMENTAR

WICHTIGER APPELL

VON ULRICH LECHLEITNER

Es war ein geradezu dramatischer Appell, den Professor Freisleder beim jüngsten Symposium zur Kinder- und Jugendpsychiatrie an die Teilnehmer richtete: Es herrsche ein erheblicher Mangel an Fachärzten auf diesem Gebiet. Da stellt sich schon die Frage, warum das so ist. In einer Zeit, in der die Krankheitsbilder und die Anzahl seelischer Erkrankungen vor allem auch unter den Heranwachsenden zunehmen, müsste es für junge Ärzte doch reizvoll sein, sich in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu etablieren.

Doch offenbar ist das nicht der Fall. Liegt das möglicherweise auch daran, dass die Psychiatrie immer noch einem genannten öffentlichen Stigma unterliegt? Kinder und Jugendliche wachsen heute in eine Welt hinein, deren Schnellebigkeit, Unüberschaubarkeit und oft genug auch Anonymität dazu führt, dass die noch unausgereifte junge Seele krank wird. Die so genannten neuen Süchte, wie etwa die Computer-oder Handysucht, sind dafür Beispiel. Umso mehr sind Fachmediziner gefragt, die jungen Menschen helfen können, wieder an ihrer Seele zu gesunden.

Festakt zur Zertifizierung von Kloster Irsee

Meilenstein fürs Bildungswerk

„Die Zertifizierung des Bildungswerks Irsee zeigt, auf welch hohem Niveau hier seit langen Jahren eine erstklassige Arbeit geleistet wird. Sie ist aber auch Ausdruck, dass man sich selbst immer fordert, um sich stetig weiter zu entwickeln und weiter zu verbessern. Bildung und Fortbildung sind ein hohes Gut, und beides vereint Irsee auf vorbildliche Weise. Deshalb kann ich sagen: Der Bayerische Bezirketag und die Bezirke sind stolz auf diese Einrichtung und gratulieren herzlich zu dieser besonderen Auszeichnung“, betonte Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirketags, in einer Feierstunde aus Anlass der Urkunden-Übergabe zur Zertifizierung im Vorfeld der jüngsten Hauptausschuss-Sitzung in Kloster Irsee.

4300 Teilnehmer bei rund 200 Kursen

Nun gelte es, das Zertifikat mit Leben zu erfüllen. Denn nach der Zertifizierung sei immer gleich vor der nächsten Zertifizierung, so Mederer. Er sei aber zuversichtlich, dass das Bildungswerk diesem Qualitätssiegel auch künftig in vollem Umfang entsprechen werde. Ähnlich würdigte auch Stefanie Krüger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Bezirketags, die Verdienste der Einrichtung. Es sei eine große Leistung, die hier erbracht werde. „Zer-



Beim Festakt in Kloster Irsee (von links): Bezirketags-Geschäftsführerin Stefanie Krüger, Bildungswerksleiter Stefan Rauwieser, Präsident Josef Mederer und Willi Lauer vom TÜV-Bayern-Süd.

FOTO LECHLEITNER

tifizierung heißt immer auch, dass ein Mehr an Transparenz bestätigt werde, Transparenz, die immer wichtiger wird, um im Wettbewerb um Bildung und Fortbildung bestehen zu können“, so Krüger. Irsee, sagten Mederer und Krüger gleichermaßen, sei somit ein „Aushängeschild der Bezirke“.

Stefan Rauwieser, Leiter des Schwäbischen Bildungszentrums und des Bildungswerks, dankte für die Würdigung. Mit über 200 Kursen- und Seminarangeboten, die im Jahre 2014 von über 4300 Personen besucht wurden, biete sein Haus vielseitige und stark nachge-

fragte Schulungen für alle Berufsgruppen im Gesundheitssektor und in der überörtlichen Sozialhilfe an. Ausdifferenzierte Fachangebote seien die Grundlage für Aus- und Fortbildungen nach höchsten Standards. Auch das werde durch die Zertifizierung untermauert, so Rauwieser. Besonderer Dank galt Maren John, die das Projekt der Zertifizierung federführend begleitete – und mit ihr dem gesamten, engagierten Team, ohne dessen Einsatz diese Auszeichnung nicht denkbar gewesen wäre, fasste Rauwieser zusammen.

> ULRICH LECHLEITNER